



Vereins-Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Nr. 35

Das Blatt erscheint jeden Sonnabend.
Abonnementpreis M. 1,50 pro Quartal.
Redaktion und Expedition: Hamburg 25,
Claus-Groth-Str. 1. Fernspr. 5, 8246.

Hamburg, den 28. August 1915

Anzeigen kosten die fünfgespaltene Non-
pareillezeile oder deren Raum 50 Pfg. (Der
Betrag ist stets vorher einzufenden).
Verbandsanzeigen kosten 25 Pfg. die Zeile.

29. Jahrg.

Die Grenzen der Staatsmacht.

II.

Wenn man nicht vor den offenkundigen Tatsachen seine Augen verschließen will, so muß man sagen, daß heutzutage unser gesamtes Volk mit verschwindenden Ausnahmen die Notwendigkeit einer starken Staatsgewalt erkannt hat, und daß deshalb die Forderung, unsern staatlichen Organismus zu zertrümmern nur noch ganz bescheiden erhoben wird. Dabei braucht man die Mängel und Fehler unseres Staatswesens gar nicht zu verschleiern, sie liegen ja klar zutage, aber man hat doch eingesehen, daß der Staat an und für sich nicht der Todfeind ist, der bis zur Vernichtung bekämpft werden muß. Man unterscheidet genauer als früher zwischen dem Wesen des Staates und seinem augenblicklichen Verhalten; man hat gelernt, daß die staatlichen Einrichtungen einschließlich der Regierungen und Obrigkeiten nur Begleiterscheinungen sind, die mit dem Staatsgedanken als solchem nichts zu tun haben. Reform an Haupt und Gliedern zur Verwirklichung der sozialen Gerechtigkeit, Umformung des Klassenstaates in einen Rechtsstaat — das sind die Bestrebungen, die sich überall geltend machen. Ob diese Bestrebungen zu verwirklichen sind oder ob sie Utopien und fromme Wünsche bleiben werden, darüber läßt sich heute mit Bestimmtheit nichts feststellen. Die Zukunft muß es lehren, weil wir aus der Vergangenheit keine diesbezügliche Lehre schöpfen können. Wir gehen eben ganz neuen Verhältnissen entgegen, für die alle alten Formeln und Kategorien wertlos sind. Der Staat ist ein anderer geworden, das Proletariat hat sich verändert und auch zahlreiche Kapitalisten haben etwas vom Wesen eines neuen Geistes verspürt.

Besonders deutlich zeigt sich gegenwärtig eine starke staatssozialistische Strömung in unserm Lande. Man weiß dem Staate immer mehr Aufgaben wirtschaftlicher und sozialer Natur zu, und nicht selten wird die Behauptung gehört, daß der Staat viel zu wenig tue. Alles schreit nach dem Eingreifen des Staates: er soll nicht nur den Lebensmittelwucherern und Preisstreibern das Handwerk legen und den kapitalistischen Raubbögeln die Krallen beschneiden, sondern er soll auch durch positive Tätigkeit das Wohl des Volkes fördern. In der Tat beobachten wir eine staatliche Regelung unseres Wirtschaftslebens, die direkt an die mittelalterlichenLAGen und Verordnungen erinnert. Die starken Eingriffe in das Eigentumsrecht und die freie Bedarfsbestimmung des einzelnen, zu denen sich der Staat unter dem Kriegszustande veranlaßt gesehen hat, brauchen wir nicht im einzelnen aufzählen, man muß sich nur wundern, wie geduldig und willig die modernen Individualisten sich mit diesen Zwangsmassregeln abfinden. Dieselben Leute, die sich früher auf ihre freiheitliche Gesinnung so viel zugute taten und jede staatliche Regelung des Wirtschaftslebens verabscheuten, fügen sich heute den einschneidendsten Bestimmungen und lassen sich schließlich jedes Stück Brot in den Mund zählen. Auch auf andern Gebieten wird das Staatsinteresse in den Vordergrund gestellt und die liebsten Gewohnheiten werden aufgegeben, wenn es das wirkliche oder angebliche Interesse des Staates fordert. Niemals seit hundert Jahren hat der Staat eine solche Macht ausgeübt über seine Angehörigen wie heute, und noch niemals ist ihm ein solches Vertrauen entgegengebracht worden.

Dennoch aber hat die Macht des Staates eine natürliche Grenze, was sich vor allen Dingen die Staatssozialisten merken sollten, die da meinen, mit Hilfe des Staates alle wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse regeln zu können. Diese Anhänger des Gedankens einer Staatsallmacht richten ebensoviel Schaden an wie ihre Gegenüber, die für einen machtlosen Staat eintreten und alles der freien Tätigkeit der Bürger überlassen wollen. Während letztere einen wichtigen Faktor im gesellschaftlichen Leben, nämlich den staatlichen Organismus, ausschalten und sich dadurch selbst einer mächtigen Triebkraft

berauben, überschätzen erstere die Macht des Staates und vernachlässigen darüber die Latkraft, die in den einzelnen Menschen und in den freien Organisationen steckt. Gerade in der gegenwärtigen Zeit, in der alle Welt sich auf den Staat verläßt, müssen wir immer wieder betonen, daß der Staat nicht alles leisten kann, weil es Gebiete gibt, in die die Hand des Staates nicht hineinreicht. Der staatliche Zwang, der seiner Natur nach unentbehrlich ist und deshalb mit in den Kauf genommen werden muß, versagt in dem Augenblick, in dem er hinübergreifen versucht in das persönliche, seelische Leben der Menschen. Der Staat vermag wohl rein äußerlich und mechanisch das wirtschaftliche und soziale Leben eines Volkes zu regeln, indem er die Menschen zur Beachtung und Innehaltung der erlassenen Vorschriften zwingt und gegebenenfalls mit Strafen einschreitet, aber er besitzt nicht die Macht, das Innere des Menschen von Grund aus umzugestalten, bildlich gesprochen, dem alten Erbe eine neue Seele einzuhäuten. Was nützen alle Gesetze und alle Strafen, wenn die Menschen innerlich Widerstand leisten und sich nur äußerlich, mit innerem Widerwillen, den Vorschriften fügen und immer bereit sind, Hintertüren zu suchen, um die Gesetze zu umgehen? Kein staatlicher Zwang vermag die seelische Erneuerung eines Menschen zu bewirken, keine Strafanandrohung vermag einen selbststchtigen, erwerbstätigen Menschen in einen anständigen, solidarisch handelnden Menschen umzuwandeln. Die äußeren Zwangsmassregeln prallen an der Veranlagung und dem Charakter der Menschen ab. Die Wahrheit dieser Behauptung hat uns besonders auch die Kriegszeit tausendfach bewiesen. Allen Vorschriften und Strafanandrohungen zum Trotz ist die Selbstsucht in die Palme geschossen und selbst die schärfste Kontrolle hat es nicht vermocht, dem unsozialistischen, gemeingefährlichen Treiben zahlreicher Menschen ein Ende zu machen. Und wenn die Organe des Staates sich auch alle erdenkliche Mühe geben, hier Wandel zu schaffen, wenn sie den kunstvoll ausgedachten Beamtenapparat in Bewegung setzen, all dieses Bemühen muß Halt machen vor dem inneren Menschen. Hier zeigt sich recht deutlich, daß es bei der Regelung des menschlichen Zusammenlebens letzten Endes doch auf die Menschen selbst ankommt und daß es deshalb notwendig ist, nach Mitteln und Wegen auszuspähen, die da geeignet sind, die staatliche Wirksamkeit zu ergänzen und bis ins Innere des Menschen hinein festzusetzen. Daß es sich hierbei um eine geistige und seelische Beeinflussung des einzelnen handelt, versteht sich ganz von selbst.

Da der Mensch ein mit Verstand und Ueberlegung begabtes Wesen ist, so müssen wir versuchen, ihm zunächst auf dem Wege der Aufklärung und Belehrung nahe zu kommen. Die Menschen müssen die wirtschaftlichen Zusammenhänge innerhalb unseres Volksganges kennen lernen, sie müssen lernen, daß in einer jeden Volksgemeinschaft das eine Glied auf das andere angewiesen und von dem andern abhängig ist, daß wir trotz aller Gegensätze im Grunde genommen doch eine einzige große Familie bilden. An einer solchen Aufklärungsarbeit hat es bislang leider gefehlt und deshalb ist die Unwissenheit in volkswirtschaftlichen Dingen so groß. Diese Unterlassungssünde rächt sich heutzutage; denn das Versäumte läßt sich innerhalb weniger Monate nicht wieder nachholen. So beobachten wir dann zahlreiche Menschen, die aus übertriebener Angstlichkeit und falscher Sparsamkeit gegen die Grundsätze einer vernünftigen Volkswirtschaft verstoßen und dadurch die Allgemeinheit aufs schwerste schädigen. Sie tun dies nicht aus Schlechtigkeit, sondern aus Unwissenheit, und darum müssen sie über die Verfehrtheit und Schädlichkeit ihrer Handlungsweise belehrt werden. Diese Erkenntnis gewinnt immer mehr an Boden in den maßgebenden Kreisen und auf einem Teilgebiete unseres Wirtschaftslebens, der Ernährungfrage, versucht man bereits, durch belehrende

Vorträge und praktische Unterweisung die Menschen darüber aufzuklären, wie sie mit den Nahrungs- und Genußmitteln umzugehen haben.

Mit der Belehrung allein ist es aber auch nicht abgetan; denn der Mensch hat nicht nur Verstand, sondern auch einen Willen, und darum muß eine Bearbeitung des Willens, eine sogenannte Willensmassage hinzukommen. Die Aufklärungsarbeit muß durch die Erziehungsarbeit ergänzt und gekrönt werden. Die Menschen müssen zum solidarischen Handeln planmäßig erzogen werden. Es gilt, ihr Verantwortlichkeitsgefühl und ihr Pflichtgefühl gegenüber der Gesamtheit zu wecken und zu pflegen, damit sie sich der Tatsache bewußt werden, daß es auf jeden einzelnen ankommt, wenn das Gemeinwesen gebethen soll. Wenn erst der Gewanke, daß wir alle eine gemeinschaftliche Verantwortung tragen, der großen Masse der Menschen in Fleisch und Blut übergegangen sein wird und wenn wir alle dieser Ueberzeugung entsprechend unser Tun und Lassen einrichten, dann erst kann unser Volksleben gesunden.

Offenkundig tragen die Erfahrungen während der Kriegszeit dazu bei, die Erkenntnis zu verbreiten und zu vertiefen, daß jede Staatsmacht eine Grenze hat und daß die persönliche Tätigkeit der Menschen hier erzogenerisch eingreifen muß. Diese Tätigkeit vollzieht sich am erfolgreichsten im Rahmen einer Organisation, die alle Einzelkräfte zu einer Massenkraft zusammenfaßt und darum die höchste Leistung ermöglicht. Der moderne Staat hat also alle Veranlassung, die freien Organisationen als willkommenen Mitarbeiter heranzuziehen.

Eine Eingabe des Arbeitgeberverbandes für die Erhöhung der Preise für Malerarbeiten an die Baubehörden.

Der Arbeitgeberverband hat seinen Ortsgruppen folgende Eingabe zur Ueberreichung an die Baubehörden des Staates, der Gemeinden und der Militärverwaltungen übermittelt:

Der unterzeichnete Hauptverband deutscher Arbeitgeberverbände im Malergewerbe, der in den Betrieben seiner Mitglieder vier Fünftel aller Malergehilfen Deutschlands beschäftigt, wendet sich unter dem Zwange der Verhältnisse der heutigen Zeit an die hohen Behörden mit der Bitte um Berücksichtigung der nachstehenden Darstellungen:

Die andauernde, ganz ungeheuerliche Preissteigerung aller Rohstoffe, in einzelnen Fällen um 200 bis 300 pSt., wie auch der Löhne und aller sonstigen Lasten haben die Selbstkosten der Malerarbeiten auf eine Höhe getrieben, die eine Existenzmöglichkeit ausschließt, wenn keine Milderung eintritt. Da vorläufig mit dem Herabgehen der hohen Preise für Rohstoffe nicht zu rechnen ist, die Löhne aber auch andauernd steigen, so gibt es nur den einen Ausweg einer durchschnittlichen Heraufsetzung der bisherigen für Ausführungen erzielten Preise. Um den hohen Behörden einen Einblick zu ermöglichen, geben wir nachstehend eine Uebersicht der Einkaufspreise für die am meisten gebrauchten Rohmaterialien und der dafür bis heute eingetretenen Preissteigerungen.

Weißeife kostete pro 100 kg: 1910 M. 44, 1911 M. 48,50, 1912 M. 51, 1913 M. 54, 1914 M. 64, zu Anfang 1915 M. 85,50, um Mitte 1915 M. 99,50.

Serpentinöl pro 100 kg: 1910 M. 93, 1911 M. 83, 1912 M. 73, 1913 M. 67, zu Anfang 1914 M. 77, um Mitte 1914 M. 130, zu Ende 1914 M. 180, 1915 M. 300 und darüber, zum Teil gar nicht mehr zu erhalten.

Reinölfirnis: 1913 M. 57, zu Anfang 1914 M. 61, um Mitte 1914 und zu Anfang 1915 M. 112, um Mitte 1915 M. 190.

Sämtliche Arten Lacke sind bis zu 35 pSt. und höher gestiegen, sämtliche Pinsel ebenfalls in gleicher Höhe. Noch nachteiliger aber als die Preiserhöhungen ist das Sinken der Qualitäten durch Anwendung von allen möglichen Ersatzmitteln, zum Beispiel für echte Borsten bei Pinseln, und durch Strecken respektive Verdünnen der Lacke usw., wodurch ein viel stärkerer Quantitätsverbrauch stattfindet. Auch Bronzen und Gold sind im selben Verhältnis wie Lacke teurer geworden.

Die Arbeitslöhne sind in den letzten fünf Jahren um 20 pZt. gestiegen. Der Hauptverband deutscher Arbeitgeberverbände im Malergewerbe hat in Gemeinschaft mit den Arbeiterverbänden einen Mindesttarifvertrag für das gesamte deutsche Malergewerbe geschlossen, der in fast allen deutschen Städten die Lohnhöhe und Arbeitszeit regelt. Die tariflich festgelegten Lohnerhöhungen für 1914 und 1915 sind trotz der ungünstigen Lage des Gewerbes anstandslos gezahlt worden. Die Tariflöhne sind indes nur Anfangslöhne, ältere und geübte leistungsfähige Gehilfen erhalten 10 bis 20 pZt. höhere Löhne. Da bei Ausführungen, bei welchen Kleiweiß- oder Zinkweißfarben sowie Lacke verwendet werden, ein Gehilfe in einer Stunde mindestens ebensoviel Material, als der Betrag seines Stundenlohnes ist, verarbeitet, und zu diesen Kosten nun noch die auf jedem Betriebe lastenden Geschäftsbesen treiben, als da sind für: Mieten, Gewerbesteuer, Unfallversicherungen, Krankenversicherungen, Privatanzustelltenversicherung, Gehälter außer den Löhnen für Kontor-, Werkstatt- und bei einzelnen Betrieben auch Meierkräfte, Werkzeuge und Geräte, Gerüste, Beförderungsmittel und Fahrgelder, Zeichenpapier, Farben und Schablonen, Ausgaben für kunstgewerbliche Werte, Beiträge für gemeinnützige Zwecke sowie für eine Namenge, mit jedem Betriebe unvermeidlich zusammenhängender kleinerer und größerer Ausgaben, welche bis zu 33 pZt. des Lohnes betragen, so ergibt sich bei gewissenhafter Zusammenstellung der Selbstkosten eines Betriebes, auch des Kleinsten, daß es ganz unmöglich ist, bei so niedrigen Tagelohnsätzen, wie die staatlichen und städtischen Behörden beispielsweise für Ausbesserungsarbeiten bisher bewilligen, und bei den ungewöhnlich niedrigen Preisen für Ausführungen nach Aufmaß anders als mit Schäden zu arbeiten.

Rechnet man hierzu noch den Zinsverlust zwischen der Zeit der Einreichung der Rechnung und dem Tage, an welchem gezahlt wird, so ergibt sich eine weitere Erhöhung der Kosten. Nicht genug in Betracht gezogen bei Beurteilung der Gesamtlage des Malergewerbes werden die Verluste durch Kaufschwundel und durch Gerabdrückung normaler Preise bei Verdingungen. Die Art der Handhabung der Submissionen, auch durch die staatlichen und städtischen Behörden, hat Formen angenommen, die auch noch die über den durchschnittlichen Handwerksleistungen stehenden kunstgewerblichen und künstlerischen Leistungen auf das Gebiet der rein mechanischen Leistungen herabdrücken.

Eine verschärfte Form der Ausschreibungen besteht bei einzelnen Behörden darin, daß für neu auszumalende, dekorativ zu behandelnde Räume ein Betrag festgesetzt wird, der nicht überstiegen werden darf, und auf Grund welchen Betrages die Bewerber Entwürfe einzureichen haben. Wenn der Betrag so bemessen wäre, daß dafür die geforderte Leistung mit Nutzen, wenigstens doch ohne Schaden, herzustellen wäre, so ließe sich nicht allzuviel dagegen sagen. Wenn aber der festgesetzte Betrag so gering ist, daß er durch die Kosten der anzufertigenden Entwürfe und anzusehenden Proben, durch die einfachen Vorarbeiten und Zeitverluste und durch die Bemühungen um die Aufträge aufgezehrt wird, ehe die eigentliche Ausmalung beginnt, so läßt sich allerdings sehr viel dagegen sagen.

Wie ist solches Vorgehen in Einklang zu bringen mit der feierlichen Versicherung Seiner Excellenz des Herrn Reichskanzlers im Januar 1913, daß es sein ernstestes Bestreben sein würde, Fürsorge für den bedrängten Mittelstand zu treffen? In Wirklichkeit haben sich die Zustände seitdem verschlimmert und werden immer unhaltbarer. Zur Stärkung des sozialen Friedens trägt eine solche Stellungnahme der maßgebendsten und größten Auftraggeber, des Reiches und der Staaten, gewiß nicht bei.

Zweifellos gehen die Auftraggeber, voran die Bauherren, von der Annahme aus, daß im Malergewerbe ganz besonders günstige Verhältnisse erzielt werden. Nur aus solcher irrigen Annahme heraus läßt sich die Praxis der Bauherren erklären, welche bei längerer Anwendung auf das Malergewerbe ganz unfehlbar den Niedergang weiter Kreise des Mittelstandes zur Folge haben muß. Nicht nur vom Standpunkte der Selbsterhaltung, auch von dem des staatsbürgerlichen, königstreuen Bürgers sehen sich die unterzeichneten Verbände gezwungen, ihre seit langen Jahren vergeblich vorgetragenen Witten noch einmal zu erneuern und angeichts des ungeheuren Strafes der heutigen Lage und des Ausblickes in die Zukunft dringendst abzurufen von einer Fortsetzung der heutigen Praxis, die man eigentlich richtiger eine Kampfesweise nennen könnte, weil sie zu deutlich in die Erscheinung getreten ist, um nicht von allen Beteiligten dahin verstanden zu werden.

Die unterzeichneten Verbände wenden sich zunächst noch einmal an die zuständigen Behörden mit der Bitten, daß diese Darlegungen mit der Ausdruck ernster Sorge vor einer weiteren Zuspitzung von Zuständen und Gegenständen sind, die wahrlich nicht im Interesse der Allgemeinheit und im Rationalinteresse liegen. Wenn auch vielleicht entgegengehalten werden könnte, daß sich doch immer wieder Firmen finden, die Angebote abgeben, für welche ohne Verlust ein Rangelt oder sonstigen Beweggründe, die verschiedener Natur sein können, zum mindesten größten Teil aber durch unklare Abfassung der Preisbeschreibungen. In keinem Falle vermag eine derartige Einwendung unserer Darstellung die wahre Sachlage zu entkräften. Darüber erkennen wir an, daß auf unsere bei Beginn des Krieges in Gemeinschaft mit den Arbeiterverbänden überbrachte Eingabe um Vermehrung der Arbeitsgelegenheit die höheren Baubehörden Berücksichtigung genommen haben, dem Malergewerbe durch Heranziehung von Neu- und Wiederherstellungsarbeiten Hilfe entgegenzukommen. Diese Hilfe schlägt indes in des Gegenteil um, wenn nicht angemessene Preise für diese Arbeiten gezahlt werden. Da von der Ausschreibung der Malerarbeiten bis zu deren Ausführung fast stets eine gewisse Zeit verfließt, und in der gegenwärtigen Zeit wohl kein Unternehmer sich größere Posten von Materialien hat, so das Malergewerbe, dessen Rohstoffe zum

Zu viele Menschen auf Der Welt.

Es ist gewiß: Die Kriege muß es geben,
Weil auf der Welt zu viele Menschen leben;
Die Erde könnte besser uns ernähren,
Wenn nicht so zahlreich hier die Menschen wären.

So spintisiert am Stammtisch mit Behagen
Der Spieler mit dem übervollen Magen.
Und er hat recht. Von dieser edlen Sorte
Gibt es zu viele wohl an jedem Orte,
Und niemand wird den Neunmalweisen wehren,
Daß sie der armen Welt den Rücken kehren.

Auch die den Krieg des Krieges wegen wollen,
Sie mögen billig den Tribut ihm jollen.
Hier will es die Berechtigte erheischen,
Daß sie nur sich im wilden Kampf zerfleischen.

Zu viele ihren Ehrgeiz darin setzen,
Daß sie die Völker aufeinanderheben,
Weil in dem Kriegesgrausen ohne Mühen
Die reichsten goldnen Früchte ihnen blühen.
Ein Segen wär's, wenn diese Patrioten
Für Ewigkeiten zählten zu den Toten.

Von denen, die in mühevolem Ringen
Dem Leben täglich neue Opfer bringen,
Die, fern von müßigem Genießen,
Der Erde Reichtum immer neu erschließen,
Die sich in tatenreichem Leben
Zur höchsten Stufe der Kultur erheben,
Die unentwegt in friedlich stillem Walten
Zum Paradiese uns die Welt gestalten:
Von diesen kann es in dem Völkerleben
Niemals auf Erden zu viel Menschen geben.

Ch. Lampe.

größten Teil aus dem Auslande bezogen werden, durch die ungeheure Preissteigerung in eine ganz besonders ungünstige Lage gebracht worden. Wir bitten daher, auf die seit Mitte vorigen Jahres und in den verfloffenen Monaten ausgeschriebenen Arbeiten eine den Materialiensteigerungen entsprechende Preiserhöhung folgen lassen zu wollen.

Die unterzeichneten Verbände sind sich bewußt, mit dieser Vorstellung keine Unhöflichkeit zu begehen, wenn die hohen Behörden gebeten werden, eine Pflicht zu erfüllen, die unaufschiebbar geworden ist, weil eine Fortdauer der heutigen Verhältnisse die ganze Lage des Malergewerbes in der bedenklichsten Weise gefährdet.

Zu dieser Eingabe möchten wir folgendes bemerken: Es ist nur zu begrüßen, daß der Arbeitgeberverband versucht, unter Hinweis auf besondere Mißstände, zu denen gegenwärtig unter anderem die enorme Verteuerung der meisten Materialien und gewisse Praktiken bei Submissionen gehören, die Lage unseres Berufes zu verbessern; denn dieser leidet jetzt tatsächlich mehr als viele andere. Bisher haben allerdings unsere Arbeitgeber in vielen Orten den seinerzeit eingeleiteten Bestrebungen, zusammen mit den Gehilfenorganisationen bei den Behörden und privaten Auftraggebern unangeseht für die Interessen unseres Gewerbes zu wirken, kein oder nur recht geringes Verständnis entgegengebracht. Vielfach mußten sie geradezu genötigt werden, den Anforderungen ihrer Zentralleitung und auch der Arbeitsgemeinschaft im Baugewerbe nachzukommen; mehrfach lehnten sie eine Zusammenarbeit überhaupt ab, weil sie der Ansicht waren, die Gehilfen hätten in Angelegenheiten der Arbeitgeber, als da sind Beschaffung von Arbeitsgelegenheit, besonders auch im Winter, günstige Preisgestaltung, billige Materialbeschaffung und anderes mehr, nicht mitzureden. Es hätte vieles gebessert werden können, wenn seit Kriegsbeginn beide Parteien viel mehr, als in Wirklichkeit geschehen ist, gemeinsam in erwähltem Sinne gearbeitet hätten. An der Bereitwilligkeit und an Anregungen von unserer Seite hat es nicht gemangelt.

Die Eingabe kennzeichnet im allgemeinen die schwierige Lage vieler Malermeister ganz richtig. Nur leiden die Arbeiter des Malergewerbes in gleichem, ja vielfach in noch höherem Maße unter den herrschenden Zuständen; denn die vor zwei Jahren festgesetzten Löhne sind nicht in der Voraussicht auf so völlig anormale Verhältnisse zustande gekommen, wie wir sie gegenwärtig durchleben müssen. Die Löhne im Malergewerbe sind anerkanntermaßen schon an sich und im Vergleich mit andern Berufen überaus niedrig, so daß in Kriegzeiten ohne weiteres die schlimmsten Folgen für die beteiligten Gehilfen eintreten müssen. Unsere Löhne sind aber auch nicht, wie es nach der Eingabe des Arbeitgeberverbandes scheinen könnte, während des Krieges gestiegen, denn die laut Tarif am 1. März in einer größeren Anzahl

Städte eingetretenen Lohnerhöhungen wurden schon am 16. Mai 1915 in Rücksicht auf die damals keineswegs erwartenden Teuerungsverhältnisse und als unter allen Umständen nötig festgelegt. Im Übrigen dürften sogar die Löhne unter dem Druck der unsicheren Existenzverhältnisse und der Not, unter der die meisten Gehilfen leiden, immer mehr auf das Niveau der Mindestlöhne herabgesunken — also eher gleichgeblieben als gestiegen — sein.

Es trifft aber auch nicht zu, daß, wie es in der Eingabe heißt, die Löhne im Malergewerbe „in den letzten fünf Jahren um 20 pZt. gestiegen“ sind. Die 1910 für die nächsten drei Jahre festgesetzte Lohnerhöhung betrug allgemein nur 8 pZt. In Berlin und Hamburg wurden noch 2 pZt. in einer beschränkten Zahl von Städten, meist nach langwierigen Verhandlungen, noch 1 pZt. mehr durchgesetzt und zwar als Ausgleich für materielle Verschlechterungen durch gewisse Bestimmungen des neuen Tarifvertrages. Im Jahre 1913 wurden dann, auf drei Jahre verteilt, insgesamt durchschnittlich 4,58 pZt. Lohnerhöhung pro Stunde festgesetzt. Dabei ist zu beachten, daß der Arbeitgeberverband mit vielem Eifer dahin wirkte, daß nicht alle, sondern nur die zu den niedrigsten Löhnen beschäftigten Gehilfen der Lohnerhöhung vollständig teilhaftig wurden. Danach stehen also fest, daß die seit fünf Jahren eingetretenen Lohnerhöhungen weit hinter 20 pZt. zurückstehen.

Wir machen diese Feststellungen nur, damit die Lage der Gehilfenchaft des Malergewerbes nicht günstiger hingestellt wird, als sie in Wirklichkeit ist, und etwa aus unserm Schweigen falsche Schlüsse gezogen werden können. Wir sind überzeugt, daß auch ohne den besonderen Hinweis auf die von uns bestrittenen erheblichen Lohnsteigerungen die Eingabe des Arbeitgeberverbandes ihre volle Berechtigung behält, und wünschen ihr den größten Erfolg.

Vorwärts!

Mit gewaltigem Ungestüm sind unsere Truppen in letzter Zeit im Osten vorgezogen. Auf allen Teilen der Front mußte der Feind weichen. Kilometer auf Kilometer ging es weiter vor. Kein Tag verging fast ohne eine Nachricht über weitere Erfolge unserer Heere, und damit verging kein Tag ohne ein gewaltiges Freudegefühl im ganzen Volke über solche Taten unserer Truppen. Jenes Vorwärtsdrängen da draußen entsprach so recht jenem Urwünschen im Menschen, jenem natürlichen Drang nach Leben, nach Fortschritt, nach Entwicklung.

Viele Menschen gibt es zwar, bei denen man im Alltagsleben von diesem natürlichen Fühlen nichts verspürt. Sie leben gedankenlos in den Tag hinein und kennen ein Vorwärts nur, wenn es ihre eigene kleine Person betrifft. Von einem Vorwärts im Gemeinschaftsleben verspüren sie auch nicht einen Hauch. Kalt verbleiben sie gegenüber einem Vorwärts, wie es in großen Ideen und in großen Taten steckt. Das ist jetzt gegenüber diesem Vorwärtsdrängen unserer Heere aber anders. Und wenn es schließlich auch die Hoffnung auf persönliche Vorteile ist, auf Frieden und Heimkehr der Ihren, die ihnen ein Freudegefühl an den Erfolgen unserer Truppen weckt, es ist dennoch auch in dem Nüchternsten und Trägsten jetzt wenigstens ein Keim von einem höheren Freudeempfinden zu finden, von einer Freude an Großem und Gewaltigem, an Vorwärtsstreben und Entwicklung.

Besonders erhehend sind solche stürmischen Erfolge aber für die, denen das Leben jenen natürlichen Entwicklungsdrang in seiner ganzen Ursprünglichkeit bewahrt hat, für jene Menschen mit Feuer und Leidenschaft, Blut und Begeisterung, jene Kampfnaturen, die den ganzen natürlichen Inhalt des Lebens in seinem gemeinsamen Vorwärtsstreben erkannt haben, die wissen, was das Leben wahrster Zweck ist. Für sie ist es da draußen Geist von ihrem Geist, und es lacht ihnen das Herz, wenn sie lesen, daß es da draußen vorwärts geht und weiter vorwärts. Sie fühlen jetzt so recht, welche ein beglückendes Gefühl doch ein Leben uns bringen muß in Drängen und Streben, in Kämpfen und Sehnen, und sie empfinden dann in ihrer ganzen Schwere die Ketten, die ihnen das Leben von heute angelegt hat, jene kleinliche Unterdrückung im politischen und wirtschaftlichen Leben und jene engherzige Bevormundung.

Und was jene Feuerköpfe und Kämpfer dann aus diesem Gefühl der Freude über unsere Erfolge da draußen mit in die kommende Zeit retten, das ist die gekürzte Ueberzeugung von der Unnatürlichkeit unserer heutigen Lebensordnung und ein erhöhter Wille zum Kampfe für eine neue, bessere Welt, für eine Welt freien Vorwärtsstrebens, für eine Welt, in der der einzelne als freier Mensch sein ganzes Ich freudig einlegen kann für eine unaufhörliche weitere Aufwärtsentwicklung der Gemeinschaft.

So zeigt uns die reine Freude, die uns alle über unsere großen Erfolge da draußen im Felde erfüllt, so recht, daß allein uns in des Wortes erhabenstem Sinne glücklich machen kann eine freie Welt gemeinschaftlichen Kampfes für ein hohes Zukunftziel.

Von unsern Kollegen im Felde.

Ueber die Meinung unserer Kollegen im Felde zu der jetzigen Teuerung entnehmen wir einem Berliner Feldpostbrief folgenden interessante Stelle: Wie ich hier lese, scheint mit den Lebensmitteln ein kolossaler Wucher getrieben zu werden. Das wird aber im Winter nicht besser, sondern im Gegenteil schlimmer werden. Ich kann nur nicht fassen, daß die Regierung nicht energisch dagegen einschreitet, wo doch genügend von allem vorhanden ist. Allem Anscheine nach bringen die Arbeiter noch nicht genügend Opfer, daß auch die Familie zu Hause noch darunter leiden muß, damit einigen Spekulanten die Taschen ja recht voll werden. Ins Buchhaus gehört so'n Kerl, der bei dieser Zeit sich auf Kosten des Volkes noch

bereichern will. Hoffentlich greift die Regierung bald mit denselben S... den zu und macht reinen Tisch, wie es die Söhne des Volkes im Osten und Westen tun. Wir hoffen das, damit wir nicht außer den Strapazen des Krieges auch noch die Sorge um die Familie mit uns herumerschleppen müssen.

Unsere Filialen unter dem Kriegszustande.

Hamburg. Mitgliederversammlung am 5. August im Gewerkschaftshause. Nach Ehrung der gestorbenen und im Felde gefallenen Mitglieder erstattete Apitz den Bericht über die Tätigkeit des Vorstandes im ersten und zweiten Quartal und bemerkte besonders, das zwei Mitgliederversammlungen, eine Vertreter-, eine Funktionärsversammlung, Bezirks- und Sektionsversammlungen stattgefunden hätten, deren Besuch meistens gering war. In den zehn in den Zahlstellen abgehaltenen Versammlungen war, außer in Bergedorf, daselbe der Fall. Weiter betätigte sich der Vorstand in elf erweiterten Verwaltungs- und sechs Vorstandssitzungen, wobei außer den allgemeinen Obliegenheiten Maßnahmen zur ferneren Durchführung der erforderlichen Verbandstätigkeit während des Krieges besonders in Frage kamen. In sonstigen Sitzungen und Zusammenkünften waren Kollegen des Vorstandes 22mal in Tätigkeit. Zur Agitation berichtet Rebnier: Trotz vieler Zeit und Mühe, die die Werbung neuer beziehungsweise die Wiedergewinnung früherer Mitglieder erforderte, waren nur geringe Erfolge zu verzeichnen. Die seit Kriegsbeginn geringe Arbeitslosigkeit im Beruf, stark vermindertem Verdienst bei außerberuflichen Arbeiten sowie die enorme Teuerung, welche als Folgeerscheinung des Krieges eingetreten ist, waren hierbei nicht ohne Einfluß. Bei der vom Hauptvorstand im Mai veranstalteten statistischen Erhebung über unsere Lohn- und Arbeitsbedingungen gingen von 977 ausgegebenen Fragebogen nur 806 wieder ein, auch die Beantwortung der Fragen ließ zum Teil zu wünschen übrig. Nach dieser Erhebung beiffert sich der Durchschnittslohn für Gehilfen über 20 Jahre auf 77,45 M., während er im September 1913 auf 75,89 M. lautete. Diese Steigerung des Lohnes darf wohl daher kommen, daß bei der Erhebung hauptsächlich ältere Kollegen berichteten. Von unsern zum Kriegsdienst eingezogenen Mitgliedern konnten wir 780 Adressen feststellen und wird diesen wöchentlich der „Vereinsanzeiger“ sowie das „Echo“ (letzteres in geringerer Zahl) zugesandt, wofür unsere Kollegen dem Vorstand wiederholt in mannigfachen Zuschriften Dank und Anerkennung zollten. Gleichfalls wurde durch eine freiwillige Kriegsteuer in der Filiale die Sendung einer kleinen Liebesgabe an unsere Krieger im Felde ermöglicht. Bei Ueberwachung unseres Lohnzinsfußes wurde in 18 Fällen ein Einschreiten nötig, wobei auch einige auswärtige Firmen in Betracht kamen, doch ließen sich die Beschwerden zum größten Teil gütlich regeln.

Dem gedruckt vorliegenden Kassenbericht vom zweiten Quartal, der mit M. 18 856,71 bilanziert, fügte Kollege de Haas noch einige kurze Bemerkungen bei, wobei er darauf hinwies, daß ein Vergleich der jetzigen Kassenverhältnisse mit dem des gleichen Quartals im Vorjahre nicht angebracht erscheint. Soweit unsere Mitgliederzahl heute feststeht, haben wir eine Gesamtzunahme von 89 pSt. im Filialgebiet zu verzeichnen, ebenso erhöhte sich die Entnahme beitragsfreier Karten für Arbeitslose von nicht ganz 2 pSt. auf 8 pSt. gegenüber dem zweiten Quartal 1914. Ohne Diskussion und nachdem die Revisorien eine gute Kassenführung bestätigt hatten, erledigte sich dieser Punkt der Tagesordnung.

Im Vortrag über: „Welche Aufgaben sind den Gewerkschaften infolge des Krieges gestellt?“ gab Kollege Buch eine anschauliche Schilderung über die während des Krieges entfaltete Tätigkeit der gewerkschaftlichen Organisationen im allgemeinen und unseres Verbandes im besondern. Im wohlverstandenen Interesse der Arbeiter selbst seien bei der Beschaffung von geeigneten Arbeitskräften zwecks Einbringung der Ernte die Organisationen befreit gewesen, die Väter einer „staatlichen Arbeitsvermittlung“ auszufüllen. Der Mangel einer solchen habe den Regierungsorganen all die Nachteile der allgemeinen Interessen zu erkennen gegeben. Wenn trotzdem auch für die kommende Zeit eine geregelte Arbeitsvermittlung nicht Gesetzeskraft erlangt habe, so müsse dieses insbesondere auf das Verhalten der Großindustriellen zurückgeführt werden. Letztere hätten jedes Entgegenkommen abgelehnt, weil sie anscheinend nach wie vor der Arbeitsnachweise als Kampfobjekt benötigten. Die mit dem 1. August 1915 in Kraft getretene Verordnung — die den Arbeitsnachweisen die wöchentliche Meldepflicht der Arbeitslosen und offenen Stellen auferlegt — sei schon von dementswillen als unzureichend zu bezeichnen, weil für die Arbeitgeber nicht die Pflicht besteht, ihre Arbeitskräfte durch den Arbeitsnachweise zu beziehen. Die Gewerkschaften hätten ferner, nachdem sie eine ganz besondere Pflicht darin erblickten, in erster Linie ihren arbeitslosen Mitgliedern die weitmöglichste Unterstützung zu gewähren, damit dem Staate eine große Verpflichtung in dieser Zeit abgenommen. Es mußte angenommen werden, daß nunmehr die staatliche Arbeitslosenfürsorge eine reichsgeflechte Regelung finden würde. Dieses sei leider nicht geschehen, vielmehr hätte die Regierung den Gemeinden die Pflicht von zweckentsprechenden Einrichtungen auferlegt und nur die Verpflichtung übernommen, ein Drittel der dadurch entstehenden Ausgaben auf die Reichskasse zu übernehmen. Weil die Anweisung aber keine zwingende Pflicht in sich schließe, so sei von zahlreichen Gemeinden nichts geschehen, und die Einrichtungen der übrigen Gemeinden zeigten eine große Unterschiedlichkeit. Weil die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen lediglich durch die gewerkschaftlichen Organisationen herbeigeführt ist, so hätten selbstredend diese auch die Pflicht gehabt, jegliche Verschlechterung in dieser Zeit abzuwehren. In den Reihen der Malermeister hätte es auch nicht an Stimmen gefehlt, die da glaubten, daß für die Dauer des Krieges die tariflichen Abmachungen keine Geltung haben könnten. Erfreulicherweise sei zu konstatieren, daß der Vorstand des Arbeitgeberverbandes der Ansicht nicht beigetreten sei. Vielmehr hätten die Vereinbarungen der Vertragsparteien, die tarifliche Arbeitszeit herabzusetzen, für die ersten Monate eine wesentliche Erleichterung der Gesamtlage geschaffen. Ebenso habe das gemeinsame Vorgehen betreffs Arbeitsbeschaffung bewirkt, daß die städtischen Behörden die bereits eingestellten Renovierungsarbeiten fertigstellen ließen, respektive neue Arbeiten zur Vergebung brachten. Ihren ganzen Einfluß

hätten die Organisationen in ihrer Gesamtheit dahin geltend gemacht, daß die Reichsregierung auf die Gemeinden einwirkte, den Familien der Kriegsteilnehmer einen hinreichenden Zuschuß zur staatlichen Unterstützung zu gewähren. Wenn dadurch den fortschrittlichen Gemeinden auch eine große Last auferlegt sei, so müsse aber der Standpunkt als falsch bezeichnet werden, wenn die Sparbarkeit jetzt besonders bei den laufenden Renovierungsarbeiten vorgenommen würde, wo in dem betreffenden Gewerbe besondere Arbeitslosigkeit vorliege. Dieses treffe ganz besonders für Hamburg zu, und es habe sehr schwer gehalten, daß man nachträglich noch für M. 90 000 Arbeiten an den Volksschulen ausgeschrieben habe. Weil damit gerechnet werden müsse, daß nach Beendigung des Krieges die private Bauaktivität nicht so einsehen wird, daß den zurückkehrenden Arbeitgebern und Arbeitnehmern der Wauerse hinreichende Arbeitsgelegenheit geboten werden kann, so hätten sich die beteiligten Organisationen zu einer Kriegsarbeitsgemeinschaft zusammengesunden, um rechtzeitig Vorkehrungen zu treffen. Die früheren Aufgaben der gewerkschaftlichen Organisationen seien bestimmt durch die großen Lasten, die der Krieg dem Reich auferlegt. Die kolossalen Summen, welche nötig sein würden, um den Kriegsverletzten eine hinreichende Unterstützung zu gewähren, den Hinterbliebenen, wo der Ernährer nicht wieder zurückkehrt, die nötige Hilfe anzubringen zu lassen, alles dieses habe zur unausbleiblichen Folge, daß weitere Steuerquellen geschaffen werden, wobei man die große Masse nicht verschonen würde. Es sei auch schwerlich damit zu rechnen, daß die Lebensmittelpreise so schnell wieder auf ihren früheren Stand sinken werden. Soll für alles das der nötige Ausgleich für die Arbeiter herbeigeführt werden, so bleibe diesen nur der einzige Weg, eine Erhöhung ihres bisherigen Verdienstes zu schaffen. Weil nicht zu erwarten sei, daß die Arbeitgeber von freien Stücken das nötige Entgegenkommen hiesbei zeigen, sondern erst durch den Zusammenschluß der Berufskollegen ein Erfolg in Aussicht stehe, so erwache für jeden Angehörigen die Pflicht, dort, wo sich für ihn die Gelegenheit biete, über alles dieses die nötige Aufklärung zu schaffen und, soweit die Berufskollegen uns noch fern stehen, ihnen den Weg zur Organisation zu weisen.

Unter Punkt Wahlen wurden an Stelle der zum Kriegsdienst einberufenen Revisorien die Kollegen Niemöller und Soltan für die Ortsverwaltung und W. Mehl für die Hauptkasse, und zur eventuellen Ergänzung des Filialvorstandes die Kollegen G. Andressen, A. Binda und Plagßli gewählt.

Gewerkschaftliches.

Der Verband der Brauer- und Mühlenarbeiter im Jahre 1914. Gegen den Abschluß des Jahres 1913 war der Mitgliederbestand bis zum Schlusse des zweiten Quartals 1914 etwas gestiegen. Mit Ausbruch des Krieges und mit den Einberufungen zum Heeresdienst setzte die rückläufige Bewegung im Stande der Mitglieder ein. Von 51 507 im zweiten Quartal fiel die Mitgliederzahl auf 34 908 im dritten und auf 31 193 im vierten Quartal. Der Verlust übersteigt die Zahl der Kriegsteilnehmer. Einberufen zum Heere waren Anfang September 274 pSt., Ende Oktober 33,8 pSt. der Mitglieder.

Von den im Jahre 1914 eingeleiteten und schwebenden Lohnbewegungen fanden 185 in 336 Betrieben mit 16 395 Beschäftigten ihre Erledigung; 109 endeten mit vollem, 61 mit teilweisem Erfolg. 64 wurden infolge des Krieges eingestellt. Streiks und Aussperrungen fanden in 31 Fällen mit 744 beteiligten Personen statt, darunter 15 Angriffsstreiks, 11 Abwehrstreiks und 5 Aussperrungen. Mit vollem Erfolg endeten 12, mit teilweisem Erfolg 4 und 15 endeten ohne Erfolg beziehungsweise kamen infolge des Krieges nicht zur Entscheidung. Die Einnahmen des Verbandes betragen M. 1 070 388, sie standen um über M. 200 000 gegen die des Jahres 1913 (M. 1 272 944) zurück, dagegen stiegen die Ausgaben (M. 1 119 888) gegenüber dem Vorjahre (M. 1 024 742) um zirka M. 95 000. Dem Ueberschuß von M. 248 200 im Vorjahre steht eine Mindereinnahme von rund M. 50 000 im Jahre 1914 gegenüber. Erheblich beeinflusst wurde das Finanzergebnis im Jahre 1914 durch die Kriegsunterstützung, die eine Ausgabe von rund M. 183 000 aus der Hauptkasse verursachte. Die Summe der gesamten Unterstützung mit den Unkosten der Lohnbewegungen im Betrage von M. 73 814 betrug in der Hauptkasse M. 723 616 gegen M. 595 957 im Vorjahre. Auch aus den Lokalkassen wurden erhebliche Unterstützungen, namentlich Kriegsunterstützungen, geleistet. Das Jahr 1914 schloß ab mit einem Vermögensbestand in der Hauptkasse von M. 1 655 031, in den Lokalkassen mit M. 356 741. Der Gesamtvermögensbestand des Verbandes betrug Ende 1914 rund M. 2 011 772.

Der Krieg stellte besondere Anforderungen an die Organisationsleitung. Die statutarischen Unterstützungen blieben bestehen, da die Arbeitslosigkeit keinen hohen Stand erreichte. In der Mühlenindustrie machte sich bald Mangel an Arbeitskräften bemerkbar und die Verhältnisse in der Brauindustrie erforderten eine Regelung des Arbeitsmarktes. Zu diesem Zwecke trat die Organisationsleitung mit der Organisation der Unternehmer in der Brauindustrie, dem Deutschen Brauerbund, in Unterhandlung. Das Ergebnis war, daß der paritätische Arbeitsnachweise für das Brauergewerbe in Berlin mit der zentralen Arbeitsvermittlung für das ganze Reich betraut wurde. Auch über die Aufrechterhaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie der Tarifverträge erfolgte Uebereinstimmung in Verhandlungen mit dem Deutschen Brauerbund. Die Mitglieder des Deutschen Brauerbundes wurden anschließend von ihrer Organisationsleitung darauf verwiesen, daß die mit den Arbeitgeberverbänden abgeschlossenen Tarifverträge auch während des Krieges aufrecht erhalten seien.

Die Frage der Unterstützung der Kriegerfamilien wurde in dem Sinne gelöst, daß die Unterstützung der geringeren oder größeren Bedürftigkeit angepaßt wurde, soweit diese in Rücksicht auf die vom Reich beziehungsweise von der Gemeinde und vom Unternehmer erhaltene Unterstützung festzustellen war. Mit dem Deutschen Brauerbund nahm die Verbandsleitung mit Erfolge Rücksprache,

um die Unternehmer allgemein für die Unterstützung der Kriegerfamilien zu interessieren und diese Unterstützung allgemein einzuführen, sie möglichst den verschiedenen Verhältnissen entsprechend einheitlich zu gestalten und für die ganze Kriegsdauer zu sichern.

Ferner trat die Verbandsleitung mit Vorschlägen an den Deutschen Brauerbund heran über die Regelung des Aussehens bei Arbeitsmangel, als die Bierproduktion laut Verordnung des Bundesrats auf 60 pSt. der Produktion der zwei vorhergehenden Jahre herabgesetzt wurde, ferner über Wiederaufnahme der heimkehrenden Krieger in den Betrieben. Der Lösung dieser Frage, die jetzt schon aktuell ist, wird die Verbandsleitung ihre besondere Aufmerksamkeit zuwenden.

So zeigt die gewerkschaftliche Organisationsleistung, wie notwendig die Organisation auch während des Krieges ist, und ihre Notwendigkeit wird sich nach Friedensschluß noch mehr erweisen.

Gewerbe- und soziale Hygiene.

Der Alkohol und die deutsche Heeresverwaltung. Das Preussische Kriegsministerium teilte dem Vorsitzenden des Deutschen Vereins gegen den Mißbrauch geistiger Getränke — in Beantwortung einer Eingabe, die der Verein an das Kriegsministerium gerichtet hatte — mit, von Seiten der Heeresverwaltung würden „auch in Zukunft die Mäßigkeitsbestrebungen in der Armee nachdrücklich gefördert werden“. Die Zufuhr größerer Alkoholmengen zum Feldheere werde in keiner Weise unterstützt oder gebildet werden. „Als freiwillige Gaben (Liebesgaben) werden außer Rotwein alkoholhaltige Getränke nicht mehr angenommen. Die Abnahmestellen der freiwilligen Krankenpflege sind mit entsprechender Anweisung versehen. Auch die Presse ist in diesem Sinne in Kenntnis gesetzt.“

Um den Mäßigkeitsbestrebungen auch in der Heimat unter den Soldaten Förderung anzubringen zu lassen, werden die Mannschaften des Besatzungsheeres über die Gefahren des Alkohols belehrt. Ebenso wird ihnen das von der Medizinabteilung des Kriegsministeriums herausgegebene Merkblatt „Haltet euch vor Ausschweifungen!“ eingehändigt.

Was den Alkoholgebrauch in Zigaretten angeht, so dürfte allgemein bekannt sein, daß die deutsche Werterschaft zum ganz überwiegenden Teile die Mäßigkeitsbestrebungen nachdrücklich unterstützt, und daß der Alkohol von ihnen für Krankenwache nur in geringem Umfang verbannt wird. Als Beweis hierfür sei angeführt, daß in den Zigaretten von den planmäßig beschafften Weinen ein ganz erheblicher Teil sich angesammelt hat, da er nicht gebraucht worden ist. Im übrigen ist die Heranziehung des Alkohols zur Krankenpflege durchaus der Verantwortlichkeit des einzelnen Arztes überlassen. Um aber auch unter den zahlreichen Verwundeten das Verständnis für die Gefahren des Alkoholmißbrauchs zu wecken und zu beleben, werden sie in geeigneter Weise auf diese Gefahren durch Belehrung hingewiesen.“

Sozialpolitisches.

Arbeitslosenfürsorge für das Textilgewerbe. Durch Beiträge der Unternehmer des Textilgewerbes, der Gemeinden und der beteiligten Kreisverbände sowie durch Zuschüsse des Staates soll es ermöglicht werden, daß im Bereich des o b e r b a d i s c h e n Textilgebietes, hart an der schweizerischen Grenze, eine Arbeitslosenfürsorge für die Textilarbeiter und Arbeiterinnen, die durch den Krieg stark in Mitleidenchaft gezogen sind, ins Leben gerufen wird. Die Vorarbeiten sind beendet; Versammlungen der Beteiligten werden das Weitere beschließen.

Kriegsinvaliden als Lohnbrücker. Vor einiger Zeit wurde gemeldet, daß auf Zechen „Schamrock“ einem Kriegsinvaliden, der seine frühere Beschäftigung wieder aufgenommen hat, die Militärrente am Lohn gekürzt wurde. In der Ausgabe vom 7. August bringt die „Deutsche Techniker-Zeitung“ ein Inserat, das der Nummer 24 der „Anstellungs-nachrichten“ M i t t l i c h e Mitteilungen für verordnungsberechtigte Militärpersonen, herausgegeben vom Kriegsministerium) entnommen ist und folgenden Wortlaut hat:

Herr Baumeister Heinrich Lohd, Paderborn, beabsichtigt, auf seinem Bureau einen Kriegsinvaliden als Techniker auszubilden. Ausbildungszeit ein Vierteljahr. Nach dieser Zeit Gehalt M. 30 monatlich, steigend in etwa anderthalb Jahren auf M. 90. Sollte sich der Stelleninhaber bewähren, so bekame er nach zwei Jahren M. 100 bis 120 monatlich. Während der Ausbildungszeit keine Vergütung. Anstellung, wenn Bewerber geeignet, dauernd. Bevorzugt von Beruf Maurer oder Stukkateur.

Gegen das Erscheinen solcher Anzeigen in einem amtlichen Organ muß ganz entschieden Front gemacht werden. Solche Arbeitsangebote laufen auf die Ausnutzung von Kriegsinvaliden hinaus. Die „Techniker-Zeitung“ teilt mit, daß das Kriegsministerium gebeten wurde, in Zukunft dafür zu sorgen, daß derartige Anzeigen in den „Amtlichen Anstellungsnachrichten“ nicht mehr erscheinen. Hoffentlich hat die Bitte Erfolg.

Genossenschaftliches.

Konsumenten und Zwischenhandel. Der Verein deutscher Handelsmüller hatte in einer Resolution gegen den ersten Beigeordneten der Stadt Köln, Dr. Ueberauer, in der er sich dagegen wehrte, daß die Müller es seien, die die großen Gewinne in die Tasche steckten, unter anderm gesagt:

„Was ergibt sich aus diesen traurigen Tatsachen für eine Lehre? Wenn das deutsche Volk in Krieg und Frieden zu erträglichen Preisen leben will, dann heißt die Parole: Unerbittliche Ausmerzungen des frage egoistischen, wilden Zwischenhandels in der Lebensmittelversorgung, soweit als möglich direkte Fühlung zwischen den organisierten Produzenten und den Vereinigungen der Konsumenten (!), direkter Kauf der Nahrungs-

mittelverarbeiter beim Erzeuger und, soweit das Zwischenglied des Handels erforderlich ist, Zusammenschluß derselben zu einer nach einheitlichen Grundfäden verfahrenenden Organisation, die prinzipiell jede übertriebene, wucherisose Verankerung ausschließt.

Das paßt den Händlern natürlich nicht in den Kram. Der „Materialist“ schrieb:

„Dem Wunsche des Verfassers, direkte Fühlung zwischen den organisierten Produzenten und den Vereinigungen der Konsumenten“ können wir uns selbstverständlich nicht anschließen. Jede beabsichtigte Ausschaltung des Zwischenhandels wird nach wie vor von uns aufs nachdrücklichste bekämpft.

Der Konsument hat selbstverständlich nicht das mindeste Interesse an der Existenz des Zwischenhandels, sofern er direkt oder durch seine Organisation vom Produzenten vorteilhafter beziehen kann. Und die Allgemeinheit auch nicht!

Die zukünftige Stellung der Gewerkschaften und Genossenschaften. In einem in der „Hilfe“ veröffentlichten Artikel „Die Arbeiter im neuen Deutschland“ schreibt Johannes Fischer unter anderem: „Es ist ganz unmöglich, daß der Staat in der Zeit der Not die großen, im vollen Sinne „staatsverhaltenden“ Leistungen der Gewerk- und Genossenschaften annehmen, nachher aber diese Organisationen aus dem Kreise der selbständig mitbauenden und aufbauenden Kräfte wieder ausschließen sollte. Eine logische und sittliche Unmöglichkeit, die auch der hartnäckigste Gegner nicht leugnen kann! Die Volkseinstimmung gerade auch von der Arbeiterseite während dieses Krieges sieht so unerhört da, daß eine Regierung schon sehr klug und gerecht verfahren muß nachher, wenn sie ihr moralisches Ansehen diesem Volksteile gegenüber nicht von vornherein stark erschüttern will. Darum ist es keineswegs nur eine Arbeiterangelegenheit, sondern ein Staatsinteresse ersten Ranges, hier vernünftige Wege einzuschlagen.“

Dom Ausland.

Kollege Rudolf Poulsen 25 Jahre Vorsitzender des Dänischen Arbeiterverbandes. Sein fünfundsiebzigjähriges Jubiläum als Verbandsvorsitzender beging unser Kollege Rudolf Poulsen zusammen mit dem vom 9. bis 13. August in Kopenhagen stattgefundenen Jubiläumstongress unserer dänischen Bruderorganisation. Kollege Poulsen ist Mitbegründer des dänischen Verbandes, dem er seitdem ein ebenso begeisterter wie gewissenhafter Sachwalter gewesen ist. Seinem eifrigen, gleichzeitig aber auch ruhig abwägenden Handeln ist der große Erfolg seiner Tätigkeit zu danken; denn der dänische Verband ist für alle andern nach jeder Richtung hin musterhaft.

Zur Anerkennung für seine großen Verdienste wurde Poulsen einstimmig, und zwar per Akklamation, vom Kongress wiedergewählt. Dann brachte dieser dem Jubilar eine begeisterte Ovation dar. Der zweite Vorsitzende des Verbandes tratete unter fortgesetzten Beifallsstundgebungen den Dank der dänischen Kollegenenschaft ab, unter der der Name Rudolf Poulsen dauernd hoch in Ehren stehen werde, und überreichte ihm einen vom Verbands gestifteten silbernen Becher, enthaltend tausend Kronen in Gold.

Die anwesenden Vertreter des deutschen, schwedischen und norwegischen Verbandes, die Kollegen Streine, Daggmann und Winge, würdigten hierauf die Verdienste des Kollegen Poulsen um unsere Internationale, deren Gründer er neben Kollegen Zolner gewesen ist, und um die übrigen skandinavischen Bruderverbände im besonderen.

Auf unsern Generalversammlungen war Kollege Poulsen seit 1903 ein ständiger und immer gern gesehener Gast, wie er überhaupt für unsere Tätigkeit stets größtes Interesse befreundete. — Wir bringen hierdurch auch an dieser Stelle dem Jubilar noch ausdrücklich die herzlichsten Glückwünsche dar und hoffen, der Mühsal des jetzt zwenundsechzigjährigen noch recht lange teilhaftig werden zu können.

Die deutsche Verwaltung in Rußisch-Polen. Die ältste und angesehenste russische liberale Zeitung, die in Moskau erscheinende „Rustija Wedomosti“ schreiben in einem langen, mit „Die Gesetzgebung des Generals Hindenburg“ überschriebenen Artikel unter anderem folgendes: „Es muß übrigens der Gewissenhaftigkeit halber gesagt werden, daß die kulturellen, genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen polnischen und jüdischen Organisationen unbelästigt fortbestehen, und daß sie zeitweise, besonders in Lodz und im Dombrowaer Becken, sogar eine lebhafteste Tätigkeit entfalten.“

In der ausführlichen Uebersicht der für Rußisch-Polen erlassenen Verordnungen und Gesetze an Hand des „Verordnungsblattes der Kaiserlich Deutschen Verwaltung in Polen“ wird nur bemängelt, daß „die Gesetzgebung Hindenburgs sich nicht durch Fortschrittlichkeit auszeichnet“. Es wird aber dieser Gesetzgebung nicht vorgeworfen, daß sie dem Völkerrrecht, den internationalen Verträgen oder der Menschlichkeit zuwiderläuft. Das Wichtigste aber ist das eingangs erwähnte Eingangsverständnis, daß die Tätigkeit der Arbeiterorganisationen in den besetzten Gebieten Rußisch-Polens, soweit sie nicht politischer Natur ist, sich lebenhaft entwickeln kann. Besonders fehlt den Arbeitern Rußlands selbst die Möglichkeit zur Organisationsfähigkeit fast gänzlich.

J. K. Vom Internationalen Gewerkschaftsbund. Der britische Gewerkschaftsbund veröffentlichte seinen Jahresbericht, dem auch Briefe angehängt sind, die zwischen den Gewerkschaftsgenerälen Englands, Frankreichs, Deutschlands, Hollands und Amerikas in bezug auf internationale Organisationen gewechselt wurden. Die französischen und britischen Gewerkschaften verlangen bekanntlich die Verlegung des Internationalen Gewerkschaftssekretariats von Berlin nach der Schweiz, und sie wurden hierin vom Ausschuss des amerikanischen Gewerkschaftsbundes unterstützt. Darauf ließ Genosse Legien, der Präsident der gewerkschaftlichen Internationale, die verschiedenen Sektionen zu einer Konferenz nach Holland ein, um über diesen Vorschlag zu beraten. Der Ausschuss des britischen Gewerkschaftsbundes

lehnte die Einladung mit dem Begründen ab, daß im gegenwärtigen Augenblick, wo die Leidenschafswellen so hoch gingen, es inopportun sei, eine internationale Konferenz abzuhalten. Um den Antrag auf Sitzverlegung zu entscheiden, genüge eine schriftliche Abstimmung. Der „Labour Leader“ bedauert den abschlägigen Bescheid um so mehr, als der Ausschuss des britischen Gewerkschaftsbundes selber zugibt, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse die Arbeiter zwingen werden, zur Internationale zurückzukehren: „Wenn der Krieg vorüber ist, wird der Druck der kapitalistischen Ausbeutung sicher den Arbeiter zwingen, die meisten Leidenschaften zu vergessen, die gegenwärtig noch die Oberhand behalten.“

Verschiedenes.

Die Leistungen der Reichspost. Ueber den Umfang der derzeitigen Arbeitsleistung der Reichspost ergibt eine beim Briefverkehr vorgenommene Zählung, daß einschließlich des Briefverkehrs nach dem Felde gegenwärtig im Reichspostgebiet täglich 25,8 Millionen Briefsendungen aufgegeben werden. Im letzten Friedensjahre 1918 machte die Tagesauslieferung im Reichspostgebiet 17 Millionen Briefsendungen aus. Die jetzige Tagesauslieferung ist daher gegen 1918 um 8,8 Millionen Sendungen größer, das sind 52 pZt., während die durchschnittliche jährliche Steigerung beim Briefverkehr sonst nur 7 bis 8 pZt., für ein Jahr also 15 pZt., beträgt. Der gesamte Feldpostverkehr (nach und vom Felde sowie innerhalb des Reichspostgebietes) umfaßt im Reichspostgebiete (Böhmen und Württemberg nicht einbezogen) täglich 16,4 Millionen Sendungen, mithin annähernd soviel, als 1918 die ganze Tagesauslieferung im Reichspostgebiet überhaupt betrug. Bei Bewertung dieser bedeutenden Leistungen darf nicht außer Betracht gelassen werden, daß den heimischen Postbetrieben durch den Krieg drei Zehntel ihrer Beamten und fast die Hälfte aller Unterbeamten, das sind weit über 80 000 Mann, entzogen sind, und daß die Reichspost dafür mit nichtbeamteten Hilfskräften arbeitet, die erklärlicherweise öfter wechseln und deren technische Gewandtheit der des Berufspersonals nachsteht.

Literarisches.

Zentralverband der Glasarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands, Sitz Berlin. Jahres- und Rechenschaftsbericht des Hauptvorstandes für die Jahre 1918 und 1914.

Sterbetafel.

Berlin. (Zahlstelle Lichtenberg.) Am 26. Juni starb der Kollege Albert Schmidt, geboren am 28. April 1859 zu Bomst. — (Zahlstelle Charlottenburg.) Am 16. August starb der Kollege Max Ruffner, geboren am 24. September 1877 in Nordhausen, an Lungentuberkulose. **Hamburg.** Am 17. August starb unser Mitglied Bernhard Lohse im Alter von 30 Jahren. **Ehre ihrem Andenken!**

Vereinsteil.

Bekanntmachungen.

Bericht der Hauptkasse vom 16. bis 21. August.

Eingekandt wurden für die Hauptkasse: Stuttgart M. 300, Mannheim 600, Röllin 150, Gotha 500 Cottbus 50, Wiesbaden 200, Halle 200, Oberstein 20, Bamberg 200, Rostock 250.

Material wurde versandt (B = Beitragsmarken): Flensburg 200 B à 85 s. Leipzig 2000 B à 80, 800 B à 120, 100 B à 10. Lübeck 400 B à 120. Posen 200 B à 120.

Die Woche vom 29. August bis 4. September ist die 35. Beitragswoche. P. Weutter, Kassierer.



Gedenktafel für unsere im Kriege gefallenen Kollegen.

- Wedmann, Adolf, Mitglied der Filiale Hamburg, geb. am 22.2.88 zu Hamburg, seit 17.8.01 im Verband.
- Bernhard, Karl, Mitglied der Filiale Mainz, geb. am 8.7.91 zu Bredenheim, seit 12.7.08 im Verband.
- Wobe, Otto, Mitglied der Filiale Dortmund, geb. am 8.5.88 zu Evern, seit 18.7.08 im Verband.
- Wobe, Paul, Mitglied der Filiale Braunschweig, geb. am 28.4.78 zu Helmstedt, seit 17.2.18 im Verband.
- Brandt, Ludwig, Mitglied der Filiale Hamburg, geb. am 17.8.90 zu Hohenrad, seit 1.5.09 im Verband.
- Densler, Max, Mitglied der Filiale Düsseldorf, geb. am 10.10.79 in Friedrichshafen, seit 8.8.09 im Verband.
- Fiedler, Franz, Mitglied der Filiale Bremerhaven, geb. 15.11.94 in Westemünde, seit 4.7.18 im Verband.
- Friedrich, Josef, Mitglied der Filiale Coblenz, geb. am 9.7.89 zu Niederberg, seit 9.4.10 im Verband.
- Galler, Hans, Mitglied der Filiale Hof, geb. am 26.6.94 zu Hof, seit 18.4.12 im Verband.
- Garrige, Paul, Mitglied der Filiale Cottbus, geb. am 27.4.96 zu Cottbus, seit 2.8.18 im Verband.
- Hellmeier, Leonhard, Mitglied der Filiale München, geb. am 30.8.77 zu München, seit 8.4.07 im Verband.
- Pinke, Alfred, Mitglied der Filiale Graudenz, geb. am 18.9.90 zu Graudenz.
- Riesch, Adolf, Mitglied der Filiale Hamburg, geb. am 6.8.86 zu Hamburg, seit 6.5.08 im Verband.
- Ringelstein, Johann, Mitglied der Filiale Maastricht, geb. 4.9.88 zu Sulzfeld, seit 12.2.08 im Verband.
- Rohrba, Josef, Mitglied der Filiale Neumünster, geb. am 2.8.82 zu Grotzko, seit 20.7.08 im Verband.
- Roth, R., Mitglied der Filiale Güstrow, geb. am 9.8.88 zu Güstrow, seit 2.4.11 im Verband.
- Trabner, Hermann, Mitglied der Filiale Grefeld, geb. am 27.8.85 in Grefeld, seit 12.1.07 im Verband.
- Rummer, Emil Paul, Mitglied der Filiale Chemnitz, geb. am 26.1.87 zu Chemnitz, seit 12.7.08 im Verband.
- Mertler, Anton, Mitglied der Filiale Bremerhaven, geb. am 20.10.88 zu Wilbrich, seit 2.1.07 im Verband.
- Meyer, Lambert, Mitglied der Filiale Gherfeld, geb. am 16.9.88 zu Gherfeld, seit 19.8.11 im Verband.
- Müller, Rudolf, Mitglied der Filiale München, geb. am 4.2.92, seit 7.8.10 im Verband.
- Müsch, Adolf, Mitglied der Filiale Braunschweig, geb. 17.12.95 zu Braunschweig, seit 8.5.14 im Verband.
- Reincke, Paul, Mitglied der Filiale Hamburg, geb. am 26.7.98 zu Hamburg, seit 18.4.12 im Verband.
- Riemann, Otto, Mitglied der Filiale Braunschweig, geb. 8.11.98 zu Braunschweig, seit 2.4.12 im Verband.
- Riebeck, Heinrich, Mitglied der Filiale Hof, geb. 29.10.94 zu Hof, seit 10.9.11 im Verband.
- Rüsch, Selmut, Mitglied der Filiale Schwerin, geb. am 12.7.90 zu Schwerin, seit 18.10.08 im Verband, starb am 8. Juli im Kriegs lazarett zu Strö.
- Salmann, Albert, Mitglied der Filiale Bremerhaven, geb. am 5.5.94 zu Lehe, seit 7.4.12 im Verband.
- Schildmann, Aug., Mitglied der Filiale Hamburg, geb. am 10.12.92 zu Hamburg, seit 16.7.10 im Verband.
- Städt, Hermann, Mitglied der Filiale Hamburg, geb. am 28.2.88 zu Wemern, seit 26.5.08 im Verband.
- Tappe, Wilhelm, Mitglied der Filiale Braunschweig, geb. 18.7.93 zu Braunschweig, seit 22.4.11 im Verband.
- Thiele, Wilhelm, Mitglied der Filiale Potsdam, geb. am 19.3.90 zu Bornstedt, seit 25.4.08 im Verband.
- Weissenbach, Fritz, Mitglied der Filiale Dortmund, geb. am 17.2.85 zu Dortmund, seit 8.11.12 im Verband.
- Werner, M., Mitglied der Filiale Nordhausen, geb. am 12.8.88 zu Dessau, seit 8.4.09 im Verband.
- Wiemken, Ernst, Mitglied der Filiale Oldenburg, geb. 11.5.88 zu Oldenburg, seit 23.4.07 im Verband.

Ehre ihrem Andenken!

Zur Lage der Sattlerer.

Statistik vom Jahre 1911. Die durch diese Erhebung gegebene Unterlage zur Beurteilung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Sattlereberberuf in Deutschland sind für jeden, der sich mit der Sattlerefrage beschäftigt, unentbehrlich. Die Broschüre ist herausgegeben vom Verbandsvorstand. Gebenpreis M. 2. Mitglieder erhalten Vorzugspreis.

Grosses Sparsystem

zum Bezug von wenig getragenen Herrschaftskleidern! Ich empfehle Jedermann, sich ohne Verbindlichkeit meinen grossen illustrierten Katalog über Herrenkleider, vom besten Publikum stammend, kostenlos und portofrei kommen zu lassen.

- Anzüge in allen Formen Mk. 12,- bis Mk. 45,-
- Ueberzieher und Ulster „ 6,- „ 40,-
- Hosen „ 3,- „ 12,-

Jede, auch die kleinste Bestellung wird sorgfältig ausgeführt! Für nicht gefallende Waren sende ich anstandslos das Geld zurück.

L. Spielmann,
Versandhaus für wenig getragene Kavallerkleider,
München 113, Gärtnerplatz 1 u. 2.

Weisse Wasserglas-Schmierseife

M. 30 pro Zentner, in Holzkübeln netto, in Blechwannen brutto für netto

Selfenpulver

lose in Säcken, M. 30 pro Zentner liefert von 100 Pfund an unter Nachnahme franko jeder deutschen Bahnstation

Seifenfabrik S. Strauss

Offenbach a. M. — Tüchtige Vertreter gesucht. —

Der heutigen Nummer liegt Nr. 34 des „Correspondenzblattes“ bei.